

hält ein Hotel, Konferenzsäle und Büros und wird von drei Partnern gemeinsam betrieben. 8.000 qm des "World Economic Trade and Exhibition Centre" nehmen vier miteinander kombinierbare Hallen ein, die mit modernster Technik und EDV ausgestattet sind.

Vom 24.-31.10.1989 findet dort die Tianjin International Trade Fair statt. Dabei handelt es sich um eine Investitionsgütermesse, die sämtliche Industrie-sektoren umfaßt. 1990 sollen in Tianjin u.a. Fachmessen für Textil und Leder, Nahrungsmittelverarbeitung, Bau und Innenausbau, Werkzeuge und Maschinen, Energie, Elektro-Elektronik durchgeführt werden.

In der Sonderwirtschaftszone Shenzhen im Norden von Hongkong entstand ein chinesisch-deutsches Joint Venture, das "Shenzhen International Exhibition Centre". Es umfaßt 10.000 qm Ausstellungsfläche in fünf Hallen sowie 5.000 qm Freigelände, ein dreistöckiges Tagungszentrum und ein Hotel. Themen von Handelsmessen 1990 in Shenzhen werden u.a. sein: Kfz-Werkstatteinrichtungen, Feinmechanik und Optik sowie Laden-, Gaststätten- und Hoteleinrichtungen.

Die Mietpreise für die Ausstellungsfläche betragen in beiden Städten 290 US\$/qm für reine Nettofläche und 350 US\$/qm mit Standardausrüstung. Unterlagen und Messeprogramme sind erhältlich bei Glahe International Group GmbH, Postfach 80 03 40, Köln 80. (NfA, 13.9.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(43) Finanzkrise

Chinas Finanzkrise hat sich offensichtlich dramatisch zugespitzt: Vor Mitgliedern des in Beijing tagenden Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses bezeichnete Finanzminister Wang Bingqian die finanzielle Situation des Landes als "katastrophal" und sagte für das kommende Jahr, in dem ein Großteil der Auslandsschulden zurückgezahlt werden muß, "noch härtere Zeiten" voraus.

Hauptgrund für die Finanzmisere sei ein "völlig unausgeglichenes" Verhältnis zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben. Wang Bingqian betonte, die wirtschaftliche Entwicklung in China sei nach wie vor "überhitzt". Die Nachfrage sei aufgrund gestiegener Löhne größer als das Angebot. Es sei bisher nicht gelungen, die wirtschaftliche Struktur zu sanieren. Dazu komme "Verschwendungssucht und Extravaganz". Dies alles habe "zu ständig steigenden Finanzdefiziten geführt". Trotz der angekündigten Sofortmaßnahmen, wie strenge Steuereintreibung und Kontrolle der Ausgaben, dürfte die Stabilisierungsphase von Chinas Finanzen mindestens drei Jahre dauern.

Der Finanzminister wies darauf hin, daß das wachsende Defizit in den Staatsfinanzen aus Irrtümern der Politik in den letzten Jahren resultiere. Diese Irrtümer hätten die Wirtschaft des Landes unterminiert.

Die Staatseinnahmen in den ersten sieben Monaten des Jahres 1989 waren 3,407 Mrd. Yuan höher als die Staatsausgaben. Die Inlandseinnahmen in dieser Zeit betragen insgesamt 132,127 Mrd. Yuan. Damit sei der Budgetplan zu 49,1% erfüllt worden, gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres betrug die Steigerungsrate 8,4%. Die Inlandsausgaben betragen 128,72 Mrd. Yuan (Erfüllungsrate des Budgetplanes 46,5%, Steigerung gegenüber der Vergleichsperiode 11,4%).

Wang erklärte, daß die Wachstumsrate der Staatseinnahmen gegenüber der Wachstumsrate der -ausgaben in der Periode Januar bis Juli 1989 gesunken sei. Die Zuwachsrate der Einnahmen war auch niedriger als die Erfordernisse des Budgetplanes, der 9,5% als Ziel gesetzt hatte. Die Ausgabenwachstumsrate war viel höher als jene 9%, die im Budgetplan vorgesehen waren. Die schlechten Ergebnisse der Unternehmen hätten das Wachstum der Staatseinnahmen beeinträchtigt.

75% von Chinas Finanzeinnahmen kommen aus staatlichen Unternehmen. In dem Jahrzehnt zwischen 1978 und 1988 fielen jedoch die Gewinnraten, die Verkaufssteuerraten sowie die Gewinnrate der Industrieunternehmen durchschnittlich um 8%. 1% entspricht etwa 8 Mrd. Yuan Finanzeinnahmen.

Was die unterschiedlichen Fonds angeht, so erklärte Wang, daß die von der Zentralregierung gesteuerten Fonds gesunken seien, während der Anteil der von den Unternehmen und Individuen zurückgehaltenen Mittel zu schnell gestiegen sei. Das Ergebnis war, daß das Verhältnis zwischen Finanzeinnahmen und Volkseinkommen sich von 31,9% im Jahre 1979 auf 19,2% im Jahre 1988 verringerte.

Des weiteren habe die Umstrukturierung des Finanzsystems die Finanzmacht der lokalen Regierungen gestärkt, jedoch die Finanzmacht der zentralen Behörden geschwächt. Die Finanzeinnahmen der zentralen Behörden machten 47,2% der nationalen Finanzeinnahmen aus, das sei viel niedriger als die 70% in den 1950er und die 60% in den 1960er Jahren.

Wang erklärte, daß die übermäßigen Preissubventionen und die Subventionen für die Verluste der Unternehmen die finanzielle Kapazität der Regierung überschritten hätten.

Im Jahre 1988 gaben die Finanzabteilungen des Staates 31,67 Mrd. Yuan aus, um Staatsangestellte und städtische Bewohner angesichts der Preiserhöhungen zu subventionieren. Dies bedeutete einen Anstieg von 39,8% jährlich verglichen mit 1978. Der Staat hatte weitere 44,65 Mrd. Yuan auszugeben, um defizitären Unternehmen zu helfen - ein jährlicher Anstieg von 33,6% seit 1979. Beide Zuwachsraten überschritten bei weitem jenes Wachstum von 8,2% der Finanzeinnahmen in derselben Periode. Die beiden genannten Zwecke beanspruchten jährlich über 80 Mrd. Yuan aus staatlichen Mitteln. (China Daily, 1.9.89; NZZ, 3./4.9.89) -lou-

*(44) Energiekrise

Die Volksrepublik macht gegenwärtig die größte Energiekrise seit den frühen 1970er Jahren durch. Seit Juni 1989 gibt es immer wieder Stromabschaltungen in Regierungsinstitutionen, aber auch in vielen Privathaushalten.

Viele chinesische Experten sehen die Ursache für die gegenwärtige Situation in der überhitzten Wirtschaftsentwicklung; die Energieerzeugung ist dem nicht nachgekommen. Laut Angaben

des Ministeriums für Energieressourcen betrug die Steigerung der Energieproduktion während des 7.Fünfjahresplanes 3,4% jährlich, während die Steigerungsrate für die industrielle und landwirtschaftliche Produktion in den fast fünf Jahren 14,8% jährlich betrug.

Im Jahre 1988 betrug die Wachstumsraten für den Energieausstoß: 9,3% für Elektrizität, 3,5% für Kohle und 2,2% für Öl. Diese Zahlen sind jedoch unbedeutend, wenn man sie mit dem Wachstum des industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes vergleicht, der in diesem Jahr 16,8% betrug. Der Elektrizitätsverbrauch von Haushaltsgeräten nahm um 20,3% zu.

Ein Experte der Zentralen Planungskommission bezeichnete das Ungleichgewicht als das größte Problem. Der Zuwachs an Energie hätte in den letzten beiden Dekaden nie mehr als 6,1% jährlich betragen, während die Wachstumsrate der landwirtschaftlichen und industriellen Bruttoproduktion niemals geringer als 8,1% jährlich war.

In den entwickelten Ländern hält die Wachstumsrate der Industrieproduktion normalerweise Schritt mit der Wachstumsrate der gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. Doch dies war in der Volksrepublik China im letzten Jahrzehnt nicht der Fall.

International machen die Investitionen in Energieprojekte ca. 23% der gesamten Investitionen in das Anlagevermögen aus. In China betrug dieser Anteil jedoch höchstens 16% vor zehn Jahren und niemals mehr als 8,9% seit 1985. In der Sowjetunion betrug vergleichsweise diese Zahl 30%.

In weiteres Problem besteht darin, daß die Elektrizitätsindustrie nur einen kleinen Anteil jener 100 Mrd. Yuan erhält, die die Regierung jährlich zu Forschungs- und Entwicklungszwecken an alle Industriezweige vergibt. Im Jahre 1988 erhielt die Energieindustrie weniger als ein Zehntel des Anteils, der an die Weiterverarbeitungs- und Textilfabriken vergeben wurde, was weiterhin die Energieknappheit verschlimmert.

Im Zuge der Reformen ist die Zentralregierung nicht mehr der einzige Investor. Viele lokale Behörden, die heut-

zutage im finanziellen Bereich unabhängiger sind, ziehen es vor, in der Verarbeitungsindustrie zu investieren, weil dort schnellere Gewinne zu erzielen sind. Es ist auch eine Tatsache, daß einige lokale Behörden nicht reich genug sind, um größere Projekte, wie z.B. große und mittelgroße Wasserkraftwerke, zu bauen.

Es wird die Forderung erhoben, daß die Zentralregierung freigiebiger sein solle. Zumindest könne sie die Überhitzung in der Verarbeitungsindustrie abkühlen. Fast alle Experten beklagen sich über die irrationalen Energiepreise; die Zentralregierung zögert jedoch, drastische Preiserhöhungen vorzunehmen. Bei der Kohleproduktion gibt es seit langem Verluste. Zwischen 1985 und 1988 verloren staatliche Kohlezechen 8,3 Mrd. Yuan.

In der Rohöl- und Erdgasproduktion wurden 1,5 Mrd. Yuan im Jahre 1985 an Verlusten eingefahren; für dieses Jahr erwartet man einen Verlust von 4,7 Mrd. Yuan. In der Elektrizitätsindustrie wird es bald eine ähnliche Situation geben. In der Nuklearindustrie findet ein großer Wandel von der militärischen Produktion hin zur zivilen Produktion statt - dies ist ein zeitraubender Prozeß, der auch Verluste einschließt. Einige leitende Kader stellten fest, daß die Wirtschaft des Landes trotz des Energiemangels angeheizt wurde. Diese Kader entschlossen sich, Energieinvestitionen und die entsprechende Produktion zurückzuhalten, um die überhitzte Wirtschaft sich wieder abkühlen zu lassen.

Andere Entscheidungsträger schreiben die Energieknappheit dem Mangel an Transportmitteln zu.

Die Entscheidungen des Staatsrates über eine Politik der Einsparungen traf im wesentlichen immer auch den Energiesektor. Nach einem Bericht sank der Anteil der Energieindustrie an den Gesamtinvestitionen von 16% im Jahre 1963 auf 12,7% im Jahre 1965, von 8,5% im Jahre 1982 auf 8,25% im Jahre 1985.

Regierungskader und Energieexperten teilen nun die Meinung, daß die Volkswirtschaft nicht weiter wachsen könne, wenn die Energieversorgung hinterherhinkt. Das Ziel von 1,4 Mrd.t Standardkohle für das Jahr 2000 ist nun in direkter Proportion zu dem ge-

planten 7%-Wachstum pro Jahr des industriellen und landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswertes im nächsten Jahrzehnt festgesetzt worden. Das Wirtschaftswachstum solle diese Zahl nicht überschreiten, und der Energieausstoß in der Periode könne nicht geringer sein. Das Ministerium für die Energieressourcen schlägt den Bau von Thermalkraftwerken in der Nähe der Kohlezechen vor, um die Kosten für die Herstellung von Elektrizität zu verringern und die Transportlasten zu erleichtern. Die Industrie will auf diese Weise die Kosten für den Transport von 100 Mio.t nach der Fertigstellung der Kraftwerke im Jahre 2000 einsparen. Die installierte Kapazität dieser Thermalkraftwerke soll 32 Mio.kW betragen.

Neben der Kohle ist die Wasserkraft ein weiterer wichtiger Teilbereich in der Strategie des Ministeriums. Gegenwärtig werden nur 8,4% der potentiellen Wasserkraft genutzt. Das Ministerium schlägt vor, daß die Zentralregierung in großen und mittelgroßen Wasserkraftwerken nahe den Quellen der wichtigsten Flußsysteme im Hochland des Südwestens und Nordwestens Chinas baut, wo sich 90% der Wasserkraftressourcen des Landes befinden. (China Daily, 24.9.89) -lou-

* (45)

Yao Yilin über Erfolge bei der Korrektur der wirtschaftlichen Ordnung

Am 31. August 1989 erstattete Yao Yilin, stellvertretender Ministerpräsident und zuständig für die Wirtschaft, einen Bericht über die Ausführungen des Volkswirtschafts- und sozialen Entwicklungsplanes für 1989 vor der 9. Tagung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses. Es folgen einige wichtige Passagen aus diesem Bericht:

1) Die gute Sommerernte und der Zuwachs beim Frühjahrsreis haben ein solides Fundament für eine gute Ernte in diesem Jahr gelegt. Seit dem letzten Winter und seit diesem Frühjahr haben die Zentralregierungen und die verschiedenen Regierungen auf anderen Ebenen eine Anzahl von Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft ergriffen. Dazu gehören ein entsprechendes Anwachsen hinsichtlich der Aufkaufpreise für Getreide, Baumwolle und Ölfrüchte, ein An-

wachsen in den Kapitalinputs sowie eine Erhöhung der Lieferungen von Kunstdünger und anderen Produkten für die Landwirtschaft. Dies hat die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion beflügelt. Der Output von Sommergetreide erreichte 93,6 Mio.t - mehr als 2,5 Mio.t im Vergleich zum Vorjahr. Dies war die höchste Zahl in der Geschichte. Der Output von Frühreis wird wahrscheinlich 48 Mio.t erreichen, das sind fast 1 Mio.t mehr als letztes Jahr. Das für die Aussaat von Rapskulturen bereitgestellte Ackerland beträgt ca. 10 Mio.Mu (15 Mu = 1 ha) mehr als 1988. Die Möglichkeit besteht, daß der Zuwachs an Getreide jenen des letzten Jahres überschreiten wird, unter der Voraussetzung, daß es keine ernsthafte Naturkatastrophen geben und die Arbeit gut getan wird.

2) Das zu große Industriewachstum ist beschnitten worden, und ein Rückgang in der industriellen Produktion ist nicht berichtet worden. Als Ergebnis der seit dem Beginn dieses Jahres ergriffenen Maßnahmen zur Begrenzung der Geldmenge und zur Anpassung der Struktur in Übereinstimmung mit der Industriepolitik hat sich die überhitzte Wirtschaft nach und nach abgekühlt. In der Zeit von Januar bis Juli 1989 nahm Chinas industrieller Bruttoproduktionswert um 10,6% zu. Dies ist ein drastischer Rückgang im Vergleich zu den 16,9% für die Vergleichsperiode des letzten Jahres.

3) Das Niveau der Investitionen in das Anlagevermögen ist unter Kontrolle gebracht worden. In der Periode von Januar bis Juli 1989 investierten Einheiten im Eigentum des ganzen Volkes insgesamt 78,6 Mrd. Yuan in das Anlagevermögen, das war ein Rückgang von 7,9% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

4) Der Binnenmarkt ist relativ stabil gewesen, da die Warenpreise nach und nach gefallen sind. Seit Anfang des Jahres sind die Märkte in verschiedenen Gegenden relativ stabil, und die Versorgung mit Zusatznahrungsmitteln, wie beispielsweise Gemüse, Fleisch und Eier, ist relativ reichlich. Von Januar bis Juli 1989 betrug der Gesamtbetrag der Einzelhandelsumsätze im Lande 476 Mrd. Yuan, ein Anwachsen von 16,6% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. In der ersten Hälfte des Jahres 1989 stiegen die Preise der Einzelhandelsgüter

im ganzen Land um 25,5% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Anstieg der Warenpreise in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 wird geringer sein als in der ersten Hälfte des Jahres.

Obleich der Anstieg der Güterpreise in diesem Jahr immer noch relativ hoch ist, so ist das Gefühl der Massen gegenüber dem Vorjahr ganz anders. Hier sind die wichtigsten Gründe dafür: Erstens betrug die neuen Preiserhöhungen in der ersten Hälfte des Jahres nur 7%. Das ist offensichtlich niedriger als die neuen Preiserhöhungen des letzten Jahres. Zweitens ist das Angebot von Zusatznahrungsmitteln und Fertiggütern für den täglichen Bedarf relativ reichlich. Die Preise dieser Güter sind relativ stabil, einige der Preise sind auch gesunken. Nach Statistiken, die vom Zentralen Statistikamt zur Verfügung gestellt wurden, stiegen die grundlegenden Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter in den ersten sechs Monaten des Jahres 1989 im ganzen Lande um durchschnittlich 1,4% gegenüber dem Dezember 1988. Damit wurde grundsätzlich das Niveau vom Ende des letzten Jahres eingehalten.

5) Nicht nur haben die Spareinlagen zugenommen, sondern auch die Abschöpfung von Geld aus der Zirkulationsebene hat sich beschleunigt. Im September 1988 führte der Staat eine Methode der wertbeständigen Depositionen ein; gleichzeitig wurden die Zinsraten für die Spareinlagen erhöht. Vom 1. September 1989 an wurden die Zinsraten weiter erhöht. Dies brachte eine Zunahme der Spareinlagen. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1989 stiegen die Spareinlagen sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten um 79,4 Mrd. Yuan gegenüber dem Ende des Jahres 1988.

Gleichzeitig hat die Sparpolitik Resultate erbracht. Ende Juli 1989 konnten die Banken 4,5 Mrd. Yuan Papiergeld aus der Zirkulationsphäre herausnehmen, wohingegen während der Vergleichsperiode des letzten Jahres noch 18,6 Mrd. Yuan in die Zirkulation gegeben werden mußten. Nichtsdestoweniger gibt es immer noch zahlreiche Schwierigkeiten für die Finanzarbeit.

6) Die Pläne für die Exporte und die Nutzung ausländischen Kapitals können grundsätzlich erfüllt werden. In

den ersten Monaten dieses Jahres 1989 begannen die Exporte zu sinken, und zwar wegen fehlender Mittel für Exportgüter. Seit Anfang Mai konnte der Trend im Export gewendet werden; dies aufgrund der Anstrengungen, die von allen Seiten gemacht wurden. Nach den Statistiken, die vom Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel zur Verfügung gestellt wurden, beliefen sich die Exporte in den ersten sieben Monaten des Jahres 1989 auf 23,38 Mrd. US\$, das ist eine Abnahme von 0,6% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Importe beliefen sich auf 20,7 Mrd. US\$, ein Anstieg von 10,7% über der Vergleichsperiode des Vorjahres. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1989 stiegen die ausländischen Kredite um 7,6% gegenüber der Vergleichsperiode an. Der Jahresplan für die Nutzung ausländischen Kapitals wird in diesem Jahr wahrscheinlich erfüllt werden.

Mitglieder des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses äußerten sich kritisch über den Bericht von Yao Yilin. Trotz der Tatsache, daß die Sommergetreideernte eine Rekordmarke überschritten hätte, sei die landwirtschaftliche Situation nicht so optimistisch. In einigen ländlichen Gebieten sei der Enthusiasmus der Bauern hinsichtlich der Produktion gesunken. Die Qualität der landwirtschaftlichen Arbeiter, die Bodenfruchtbarkeit und die Fähigkeit, Naturkatastrophen zu bekämpfen, hätten ebenfalls abgenommen.

Aufgrund einer Zunahme der Bevölkerung der Volksrepublik von mehr als 70 Millionen in den letzten fünf Jahren sei die Getreidemenge pro Person 30 kg gesunken. So schnell wie möglich sollten Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß die jährliche Getreidemenge pro Person 400 kg gegen Ende dieses Jahrhunderts erreiche. Dann würde die Bevölkerung auf 1,25 Milliarden Menschen angewachsen sein.

Yang Liang erklärte, daß Yaos Bericht keine klare Einschätzung der Ernsthaftigkeit der landwirtschaftlichen Situation gebracht habe. Die Landwirtschaft sei immer noch das schwächste Glied in der ganzen Volkswirtschaft. Die Investitionen sollten erhöht und die Modernisierung sollte in diesem Sektor vorangetrieben werden. Einige andere

Mitglieder des Ständigen Ausschusses forderten, daß die landwirtschaftliche Gesetzgebung ebenfalls verstärkt werden solle. (Xinhua, 31.8.89, zit. nach SWB, 4.9.89; XNA, 1.9.89, zit. nach SWB, 4.9.89) -lou-

* (46) Gute Ernte bringt Probleme mit sich

Falls die Erwartungen für die Herbst-ernte sich erfüllen, könnte die Rekordmarke des Jahres 1984, die 407,3 Mio. t Getreide betrug, übertroffen werden. Die Ernte könnte bei gutem Wetter sogar auf 420 Mio. t steigen. Falls das Wetter schlecht ist, gehen die Erwartungen dahin, daß 405 Mio. t nicht überschritten werden können.

Obleich die gute Ernte die Gefahr verringert, daß es Bauernunruhen gibt, so sieht sich die Regierung immer noch dem Problem gegenüber, für die staatlichen Aufkaufmengen zu zahlen. Im Jahre 1988 hatten die Kader sog. weiße Bescheinigungen oder weiße Zertifikate herausgegeben, weil nicht genügend Bargeld vorhanden war, um für Weizen, Tee, Baumwolle und andere Kulturen zu zahlen.

Verständlicherweise waren die Bauern entrüstet, und es gab Befürchtungen, daß sie das Getreide zurückhalten würden, wenn sie nicht bar bezahlt würden. Es gibt keine Schätzungen der Regierung, welchen Wert die sog. weißen Zertifikate darstellen. Zumindest ein Ökonom schätzte den Gesamtwert auf 19 Mrd. Yuan, der größte Teil dieser Summe sei aber offensichtlich später in bar gezahlt worden.

In diesem Jahr hatte der Staat diesem Problem größere Aufmerksamkeit gewidmet, um Aufruhr zu verhindern. Im Staatsbudget wurde eine gewisse Summe für die Getreideaufkäufe bereitgestellt. Auch die Volksbank wurde gebeten, die Getreideaufkäufe zu finanzieren.

Die Regierung hatte umgerechnet zwischen 6 und 7 Mrd. US\$ für das Sommergetreide und andere Saisonprodukte zu zahlen.

Oft genug wird immer noch der Preis für das sog. Über-Quoten-Getreide von der Regierung festgesetzt. Nur wenn die Bauern das Getreide selbst zu den Märkten transportieren - gewöhnlich über eine lange Distanz - erhalten sie den wirklichen Marktpreis. (IHT, 29.8.89) -lou-

* (47) Hotelprojekte in Schwierigkeiten

Noch im April 1989 hatte das luxuriöse Sheraton Hotel in Guilin eine Belegungsrate von nahezu 90%. Im September 1989 war die Belegungsrate auf fast Null heruntergesunken. Die Geschäfte gehen so schlecht, daß der ausländische Partner dieses Hotelprojektes, ein Geschäftsmann aus Hongkong, bereit ist, seinen 50%igen Anteil seinem chinesischen Partner, einer Einheit der Regierung von Guilin, zu übergeben. Andere Hotelprojekte sind ebenfalls in Schwierigkeiten, wenngleich nicht alle in solch einer krassen Weise wie das Guilin-Hotel.

Schon vor dem 4. Juni 1989 hatten einige Hotel- und Büroprojekte mit Problemen hinsichtlich höherer Kosten als vorausgesehen und Kreditrückzahlungen zu kämpfen. Der Grund war darin zu sehen, daß es eine Vielzahl solcher Projekte gab, die nicht alle voll ausgelastet waren.

Ausländische Bankiers erklärten, daß fast jedes neue chinesische Hotel- oder Büroprojekt entweder mit den Rückzahlungen der Kredite in Rückstand sei oder zukünftig solche Probleme haben werde. In einigen Fällen sind die Bankiers nun dabei, über Umschuldungen zu verhandeln.

Die Banken waren im allgemeinen davon ausgegangen, daß die Belegungsrate der Hotels für das Jahr 1989 über der 50-Prozent-Marke sein würde. 50% werden gerade als kostendeckend angesehen, garantieren aber noch nicht die Rückzahlung der Kredite. Es wird damit gerechnet, daß die Belegungsrate der wichtigsten chinesischen Hotels für das gesamte Jahr 1989 etwa 50% erreichen werden. Dies ist aber ein beträchtlicher Rückschritt gegenüber den Belegungsrate von 70-80% vor dem Massaker. Gegenwärtig wird die durchschnittliche Belegungsrate der Hotels auf zwischen 30% und 40% geschätzt.

Viele Probleme, denen sich die ausländischen Geldgeber jetzt in der Volksrepublik gegenübersehen, haben sie selbst geschaffen. In den frühen und mittleren 1980er Jahren waren sie in das Land gekommen und hatten teilweise die Möglichkeiten überschätzt.

Die Schulden, die auf den Hotel- und Bürosektor entfallen, werden auf zwischen 6 und 8 Mrd. US\$ geschätzt. Das wären zwischen 15% und 20% der geschätzten Gesamtschulden der Volksrepublik in Höhe von ca. 42 Mrd. US\$. Viele Bankiers gestehen nun auch im privaten Gespräch ein, daß sie zu viele Hotelprojekte gefördert hätten, und zwar aufgrund von Garantien, die nicht ganz sicher gewesen seien.

Zu den größten Gläubigern der Volksrepublik gehört Japan. Die japanische Regierung und japanische Handelsbanken haben der Volksrepublik Kredite in Höhe von ca. 20 Mrd. US\$ eingeräumt. Die japanischen Bankiers sind nervös, obgleich bislang nur Verzögerungen bei den Rückzahlungen eingetreten sind; Zahlungseinstellungen sind noch nicht vorgekommen.

Ein typisches Beispiel für Probleme im Immobilienbereich ist der Shanghaier Ausstellungs- und Hotelkomplex, der sich nun der Vollendung nähert. Dieser Komplex wurde mit einem Konsortialkredit in Höhe von 135 Mio. US\$ gebaut. Da man Probleme im Einnahmebereich voraussieht, arbeiten die Gläubiger nun daran, die Kredite umzuschulden. Die chinesischen und ausländischen Partner einigten sich im August darauf, weitere 20 Mio. US\$ dem Projekt zur Verfügung zu stellen. Unter den 18 Gläubigern werden nun neue Kreditbedingungen ausgehandelt. Die meisten der Gläubiger sind japanische Banken. Die Aussichten für ein neues finanzielles Arrangement sind günstig. (AWSJ, 25.9.89) -lou-

* (48) Tourismus schwer beeinträchtigt

Eine drei Monate nach dem Juni-Massaker in Beijing gezogene erste Bilanz im China-Tourismus fällt katastrophal aus. Zu diesem Ergebnis kam der China International Travel Service (CITS), der größte internationale Reiseagent in China, in Zusammenarbeit mit der chinesischen National Tourism Association. Der Rückgang an Touristen wird für dieses Jahr gegenüber 1988 auf 35-50% bzw. 900.000 bis 1.200.000 geschätzt. Der Einbruch ist auch mit gewaltigen Devisenverlusten verbunden. Statt der im Vorjahr erzielten rd. 2,2 Mrd. US\$ kann China in diesem Jahr nur mit 1,1-1,4 Mrd. US\$ rechnen.

Düster fallen von chinesischer Seite auch die Prognosen aus. Die Einbußen würden noch bis ins kommende Jahr reichen, und erst 1991 sei mit einer völligen Normalisierung des Reiseverkehrs zu rechnen, hieß es. Inzwischen hat der CITS verstärkte Maßnahmen zu einer Ankurbelung des internationalen China-Tourismus eingeleitet. So wurden 60 führende ausländische Reiseunternehmen zu Informationsbesuchen eingeladen, um die wieder normalen Reisebedingungen in China zu demonstrieren. Von chinesischer Seite wurde versichert, daß alle touristischen Sehenswürdigkeiten wieder geöffnet seien, auch der Tiananmen-Platz in Beijing, für den allerdings eine Sondergenehmigung erforderlich sei.

Bei deutschen Reiseveranstaltern, die bereits wieder reguläre Reisen nach China durchführen, herrscht "gebremster Optimismus", wie aus einer Umfrage des Fachblatts *Reisebüro Bulletin* hervorgeht. Moralische Zwänge verhinderten normales Kundenverhalten, heißt es da. Aber auch: "Viele Kunden, die storniert haben, wollen die Reise nachholen."

Nach den Zahlen, die von der chinesischen staatlichen Verwaltung für Tourismus bekanntgegeben wurden, kamen im Juli 1989 80.000 Ausländer nach China. Obgleich dies gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres einen Rückgang von 47% darstellt, war es gegenüber dem Juni 1989 eine Zunahme von 11,3%.

Die meisten dieser 80.000 Ausländer kamen aus Japan, den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, den Philippinen, Großbritannien, Thailand, Singapur, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Kanada und Australien.

Die Gesamtzahl der Besucher in der Volksrepublik im Juli betrug 1,8 Millionen - wenn die Überseechinesen hinzugerechnet werden. Gegenüber dem Juli des Vorjahres bedeutet dies einen Rückgang von 33%.

Der Rückgang des Tourismus-Geschäftes wird durch Zahlen aus den Schlüsselgebieten offenbart. Die am meisten betroffenen Gebiete im Juli 1989 waren die autonome Region Guangxi sowie die Provinz Zhejiang, in denen der Tourismus im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres um

94% zurückging. In Beijing gab es einen Rückgang von 91,3%, in Shanghai 47,4% und in der Provinz Guangdong 67,1%.

Inzwischen beschloß die chinesische Regierung einige Maßnahmen, um das Tourismus-Geschäft zu konsolidieren. Die Zahl der Reiseagenturen soll reduziert werden, um die gesunde Entwicklung des Tourismuswesens zu gewährleisten. Das Problem bestehe im Moment darin, daß es zu viele Tourismus-Agenturen gebe. Einige dieser Agenturen seien unqualifiziert und sie verhielten sich teilweise illegal, so Wu Xueqian, stellvertretender Premierminister und als Staatskommissar für den Tourismus verantwortlich.

Diese Agenturen schädigten nicht nur die Tourismus-Industrie, sie brächten auch Chinas Reputation in Mißkredit. Nach dem 1989er *Statistischen Jahrbuch* für den chinesischen Tourismus gab es 1.573 Reiseagenturen mit 56.713 Angestellten am Ende des Jahres 1988.

Nach Wu befindet sich der chinesische Tourismus in ernsthaften Schwierigkeiten. Das Land sollte die internationale Werbung verstärken, während gleichzeitig die Tourismus-Organisationen und die Ausbildung der Personals verbessert werden sollten.

Wu wies weiter darauf hin, daß die Tourismus-Industrie Teil der Modernisierungsanstrengungen des Landes sei und auch Teil der Politik, China zur Welt hin zu öffnen. China könne Kredite in Anspruch nehmen, Technologie kaufen und sich fortgeschrittenes Managementwissen aneignen, um die Tourismus-Industrie zu modernisieren. Doch müßten alle korrupten Praktiken, wie z.B. Glücksspiel, Prostitution, Drogenmißbrauch, Bestechung und Erpressung, scharf bekämpft werden.

Der berühmte Touristenort Guilin in der autonomen Region Guangxi hatte einen 21%igen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr hinzunehmen. Im Juli und August 1989 kamen nur 15.000 ausländische Touristen nach Guilin, das bedeutete einen Rückgang von 80% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Belegungsrate der 23 Hotels in Guilin betrug weniger als 10% im Juli und August. Statt der 120 Touristenboote, die den Li-Fluß befahren, fuhren nur ca. 70 pro Tag.

Wie ein höherer Kader vom städtischen Büro für Tourismus in Guilin mitteilte, seien die meisten Touristen Chinesen aus dem Inland. Im Jahre 1988 hätte man 500.000 Touristen aus dem Ausland empfangen, die Zahl der inländischen Touristen betrug 6,5 Millionen. Der Tourismus brachte 1,04 Mrd. Yuan sowie 240 Mio. US\$ für die Guilin ein, das ist etwa ein Fünftel des Einkommens der Stadt. (China Daily, 29., 30.8. und 16.9.89; SZ, 26.9.89) -lou-

*(49)

Eisenbahnwesen braucht größere Investitionen

Chinesische Experten fordern dringend eine radikale Veränderung in der Transportstrategie und drastische Erhöhungen der Investitionen für den Bau von Eisenbahnen, so daß die Eisenbahnlinien als wirtschaftliche Lebenslinien der Nation fungieren können.

Ca. 52.700 km Eisenbahnstrecken befördern nun 71% der Fracht des Landes sowie 56% der gesamten Passagiere.

Im Jahre 1988 bewältigten Frachtzüge nur 67,8% jener Frachtmenge, die von der überhitzten Wirtschaft benötigt wurde. Die Lokomotiven hatten schon mehr Waggons zu ziehen, als eigentlich vorgesehen war. Die Eisenbahnen beschäftigen 3,2 Millionen Menschen, das Anlagevermögen beträgt ca. 100 Mrd. Yuan. Das 1986 eingeführte System, nach dem dieser Transportzweig seine Arbeiter selbst zu bezahlen und seine eigenen Gewinne zu erzielen hat, verbesserte zwar die Produktivität der Arbeiter, jedoch wurden die Eisenbahnen zu sehr durch Steuern belastet.

Gegenwärtig sind 12.900 km Eisenbahnschienen - 21% der Gesamtstrecke - überbeansprucht. An 96.000 Stellen sind fehlerhafte Trassen entdeckt worden. Erstaunlicherweise sind auch heute noch ca. 2.300 Waggons in Betrieb, die zwischen 1935 und 1938 produziert worden waren.

Ein solches Eisenbahnnetzwerk birgt ein Potential für Unfälle in sich, die dann entstehen können, wenn auch nur die leichteste Nachlässigkeit entsteht.

Eine Zugentgleisung, die Anfang 1988 in der Nähe von Shanghai stattfand, forderte 196 Menschenleben. Aufgrund dieses Unfalls und weiterer ähnlicher Unfälle mußte der Eisenbahnminister, Ding Guangen, zurücktreten.

In den 1980er Jahren wurden jedes Jahr ca. 300 km Eisenbahnlinien gebaut. In den 1950er und frühen 1960er Jahren betrug die jährliche Bauleistung ca. 1.000 km. Für das Jahr 1989 sind nur 253 km neue Eisenbahnlinien geplant.

Nach Meldungen Shanghaier Zeitungen verursachten die Energieabschaltungen in Shanghai, Jiangsu und Zhejiang im Jahre 1987 einen Gesamtverlust von 10 Mrd. Yuan. Der Grund dafür war, daß die Kraftwerke nicht arbeiten konnten, weil sie auf Kohlezulieferungen warteten. Die Eisenbahn war nicht in der Lage, ausreichende Lieferungen bereitzustellen.

Chinesische Experten machen eine unvernünftige staatliche Politik für die gegenwärtige kritische Lage verantwortlich. Diese Politik wurde in den frühen 1980er Jahren auf der Basis einer Eisenbahntheorie formuliert, die ihrerseits wiederum auf fehlerhaften Erkenntnissen beruhte.

Die Theorie besagte, daß Flugzeuge den Eisenbahnen vorzuziehen seien für Passagiere, die mehr als 100 km reisen. Schnellstraßen seien besser als Eisenbahnen sowohl für Passagiere und Frachten, die mehr als 400 km zurückzulegen hätten.

Aufgrund dieser Theorie war man auch gegen den Bau von Eisenbahnen entlang den großen Flüssen und entlang der Seeküste. Man meinte, diese Wasserstraßen zu wichtigen Transportrouten machen zu können.

Die Theorie erwies sich als unklug, weil der Straßentransport 20mal so viel Energie verschlingt wie der Transport auf der Eisenbahn. Die Kosten sind auf diese Weise mindestens zehnmal höher. Schnellstraßen benötigen viermal so viel kostbares Land wie Eisenbahnen.

Die Experten sind der Meinung, daß die Eisenbahnstrecken jeweils um 0,5% für jedes Prozent Zuwachs industriellen Outputs verlängert werden sollen, falls das Land eine sich selbst

tragende wirtschaftliche Entwicklung wünscht. Das tatsächliche Verhältnis (zwischen Zunahme der Eisenbahn und Zunahme des Industrieoutputs) betrug 0,147 : 1 im Jahre 1988, was bedeutet, daß, wenn nicht eine Zunahme im Eisenbahnbau stattfindet, die Volkswirtschaft einen Rückgang hinnehmen muß. (China Daily, 31.8.89) -lou-

*(50)

Straße von China nach Pakistan

Zwischen März 1985 und September 1988 wurde ein weiteres Teilstück der Straße von Khashi (Kashgar/Xinjiang) nach Pakistan in einer Länge von 415,8 km gebaut. Die Straße überquert das Pamir-Plateau und das Kunlun-Gebirge und verläuft dort auf einer durchschnittlichen Höhe von 3.000 m ü.d.M. Nach einem Jahr der Erprobung wurde die Straße am 1. Oktober 1989 dem Verkehr übergeben (so XNA, 21.9.89 in einer Vorausschau auf das Ereignis). -we-

Taiwan

wurde im letzten Juni beim Besuch des Staatspräsidenten von Palau in Taiwan unterzeichnet. Eine Schwierigkeit liegt noch darin, daß Palaus außenpolitischem Beschluß wegen seiner Assoziation mit den USA von Washington zugestimmt werden muß, und die USA haben vor zehn Jahren ihre diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abgebrochen, um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Beijing zu ermöglichen.

Seit Anfang dieses Jahres hat Taiwan seine "Hallstein-Doktrin" relativiert, d.h. Verzicht auf die Alleinvertretung von Gesamtchina. Außerdem ist Taiwan kraft seiner hohen Devisenreserven in der Lage, kleine Länder durch Entwicklungshilfe zu umwerben. Der erste Erfolg der "flexiblen Diplomatie" war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu dem karibischen Inselstaat Grenada am 20. Juli d.J. Am 7. August war Beijing gezwungen, seine diplomatischen Beziehungen zu Grenada abzubrechen. Beim Besuch von Präsident Cerezo machte Taiwan Guatemala die Zusage günstiger Kredite und technischer Hilfe. (FCJ, 4. und 7.9.89; vgl. auch ZYRB, 16.9.89; CP, 21.9.89; C.a. Juli 1989, Ü 41, S.487 ff.) -ni-

*(52)

Kein Zeitplan von Beijing für Wiedervereinigung mit Taiwan

*(51)

Belebung der Diplomatie

Der Präsident von Guatemala, Vinicio Cerezo Arévalo, stattete vom 30. August bis 4. September Taiwan einen sechstägigen Staatsbesuch ab. Es war der zweite offizielle Besuch eines Staatsoberhauptes in diesem Jahr. Im März hatte Taipei den Präsidenten von Honduras, José Simon Azcona Hoyo, als ersten hohen Staatsgast seit vier Jahren empfangen. Zur Zeit unterhält Taiwan diplomatische Beziehungen mit nur 24 Staaten, und zwar meistens mit den weltpolitisch unbedeutenderen kleinen Ländern in Mittelamerika und im Pazifikraum.

Neben Cerezo waren im Berichtsmonat außerdem die Ministerpräsidentin von Dominica, Mary Eugenia Charles, und der Vizepräsident von Palau, Kuniwo Nakamura, in Taiwan zu Besuch. Zeitungsberichten zufolge sollen bald diplomatische Beziehungen zu Palau aufgenommen werden, ein Memorandum zwischen beiden Seiten

Auf die Frage einer Reporterin der taiwanesischen Zeitung *Lianhe Bao* (LHB) erklärte Li Peng, Ministerpräsident der VR China, bei einer internationalen Pressekonferenz am 26. September in Beijing, daß seine Regierung die Politik zur Vereinigung des chinesischen Vaterlandes, d.h. Wiedervereinigung des chinesischen Festlands mit Taiwan, nicht geändert habe. Aber es gebe dafür keinen Zeitplan, so Li Peng, weil beide Seiten "Realisten" seien. "Wenn wir uns gemeinsam darum bemühen, wird die Zeit der Vereinigung früher kommen. Laufen wir in verschiedenen Richtungen, wird die Zeit länger dauern." Ferner sagte er: "Wir hoffen, die große Aufgabe der Wiedervereinigung des Vaterlandes durch einen friedlichen Weg zu realisieren. Gegenüber Ausländern sagen wir, die friedliche Methode schließt die Anwendung von Waffengewalt nicht aus, weil dies eine innere Angelegenheit Chinas ist."